

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Zeitzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 250.

Donnerstag, den 24. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Das Banknotenhamstern.

Zu Beginn des Krieges ist man mit berechtigter Schärfe der Goldhamsterei entgegengetreten, und die lebhafteste Werbung hat es auch tatsächlich erreicht, in allen Volksteilen die Erkenntnis zu erwecken, daß das Gold in die Reichsbank gehört und es volkswirtschaftlich geradezu ein Verbrechen darstellt, solches zu hamstern. Der ursprüngliche Sinn dieses Goldhamsterns war natürlich der, daß allzu Anglistische für alle Fälle bares Geld zur Hand haben wollten. Durchaus verständlich für die Zeit des Dreißigjährigen Krieges, falsch, aber zur Not noch begreiflich für unsere Zeit: Gold und Silber haben eben an sich einen Wert, der kaum je zu zerstören ist. Die Erkenntnis der Bürgerpflicht, das Gold zur Reichsbank zu bringen, hat Ulegrosmutter's Strickstrumpf mit den harten Doppelkronen und Talern erfreulich schwächend werden lassen. Aber mancher hat das alte Sprüchlein, daß „Bargeld laßt“, jetzt auf das Papiergeld übertragen, auf das es recht wenig paßt. Denn einen stofflichen Wert wie Gold und Silber hat das Blatt Papier natürlich nicht, das wir Banknote, Kassenschein usw. nennen, seine Bedeutung liegt vielmehr darin, daß ihm der Staat die Kraft verliehen hat, im Verkehr eine bestimmte Geldsumme — sei es eine Mark, seien es tausend Mark, das ist für das Wesen des Scheines gleich — darzustellen. Im Verkehr darzustellen, das heißt aber doch nichts anderes, als daß das Papiergeld seinen Verursacher nicht hat, wenn es dem Verkehr entzogen und eingeperrt wird. Je mehr Scheine befreit werden, um so mehr neue muß die Reichsbank drucken lassen und ausgeben. Damit wird u. a. ihre Metalldeckung verhältnismäßig geringer und das drückt auf den Wert unserer Währung im Auslande. Noch schlimmer aber ist es, daß die Notenhamsterei den Verkehr aus unangenehmer Hinsicht hindert, weil bald hier, bald da (ähnlich wie bei dem Kleingeldmangel im letzten Winter) Zahlungen aus Mangel an den entsprechenden Scheinen nicht ohne weiteres geleistet werden können.

Dabei stehen den bedenklichen volkswirtschaftlichen Schäden, die eben kurz geschildert wurden, noch nicht einmal irgendwelche wirklichen Vorteile vom Standpunkte des einzelnen gegenüber! Das ihm Geldsummen geflossen werden können, die er zu Hause aufbewahrt — es ist erst in diesen Tagen einem Berliner Gleichmeister mit 60.000 Mark so gegangen, die er am gleichen Tage von seiner Depositionskasse geholt hatte! — daß es verloren werden, daß es verbrannt kann, das alles sind Gefahren, die jetzt noch größer sind, als im Frieden. Mancher überfluge glaubt aber, sie in Kauf nehmen zu können, weil ihm die Reichsbanknote sicherer erscheint, als das Bank- oder Sparkassenschein und weil er „sicher etwas dafür zu kaufen bekommt“. Nun — gegen die Sicherheit einer Forderung an das Reich oder die Reichsbank ist natürlich nicht ein Wort einzuwenden, solange aber Deutschland und die deutsche Volkswirtschaft aufrecht stehen, werden unsere (guten, vorzüglich geleiteten) Banken und Sparkassen stets in der Lage sein, für ihre Einlagen aufzukommen. Ein Unterschied besteht allerdings, auch abgesehen von der Diebstahls- und Brandgefahr: auf Bank- und Sparkassenschein werden einem die Einlagen vergütet, die Banknote liegt zinslos daheim! Man sollte aber eigentlich annehmen, daß das gegen das Notenhamstern spricht.

Vom Standpunkte des einzelnen, wie von dem des Volksganzen aus ist die Notenhamsterei sinnlos und schädlich; es wird Sache jedes ruhig und deutlich denkenden Bürgers sein, daraus die gegebenen Folgerungen zu ziehen!

Um der Papiergeldnot zu steuern, hat die Reichsregierung beschlossen, daß die Coupons der 5-igen Kriegsanleihe, die am 2. Januar 1919 fällig werden, schon jetzt als Geldzeichen verwendet werden können. Der Bundesrat hat bereits einer entsprechenden Verordnung zugestimmt. Es handelt sich dabei um eine außergewöhnliche Maßregel. Sie ist nur als Nothelfer anzusehen, und die zuständigen Stellen vernehmen wohl keineswegs die Schattenseiten, die hiermit verknüpft sind. Aber der Mangel an Papiergeld ließ keinen anderen Ausweg offen.

Eine Begründung für die Papiergeldhamsterei kann kein Mensch geben, denn hierzu liegt auch nicht der geringste Anlaß vor. Bares Geld gehört nicht in Privatwohnungen, es gibt hierfür nur zwei Wege: entweder Kriegsanleihe oder Sparkasse.

Der Aufmarsch der Parteien.

Nachklänge aus dem Reichstage.

Berlin, 23. Oktober.

Reichskanzler Bruns hat von Baden hat in seiner gestrigen Reichstagsrede, die das Programm der neuen Regierung ergänzte, erweiterte und vertiefte, auch seinen innerpolitischen Begnern einige Worte gewidmet. „Ich weiß, meine Herren“, sagte er, „der Rückblick auf die innere politische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen läßt sehr verschiedene Stimmungen in Ihnen aus. Dem einen wird es als die Schilberung eines unbefonnenen Laufs auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem anderen als ein unglückseliges, zögerndes Laufen nach der neuen Staatsform. Beide Stimmungen mögen ihren Ausdruck finden; das ist das Recht und die Aufgabe der Opposition, die wir gerade für die Unabhängigkeit des Parlamentes brauchen.“ Und wenn man die Reden der einzelnen Parteivertreter betrachtet, so findet man, daß diese Worte zutreffen. Nach einer großen Rede des leitenden Staatsmannes pflegen in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt in der Presse die Äußerungen der anderen Sprecher gewöhnlich mindere Beachtung zu finden. Die Aussprache vom gestrigen Tage verdient eine besondere

behandelt zu werden. Die Redner der Mehrheitsparteien waren sich einig in dem starken Bekenntnis zu dem neuen Deutschland, das mit dem Regierungswechsel am 5. Oktober ins Leben getreten ist, einzig waren sie auch in der Beurteilung mancher Maßnahmen und Methoden aus der Zeit vor dem großen Wandel. Aber darüber hinaus trug doch das Bekenntnis jedes einzelnen Redners zu dem neuen Reich eine besondere Note.

Der Zentrumsabgeordnete Herold hob mit Stolz hervor, daß Deutschland nach der Neuordnung das Land mit der freiesten Verfassung sei, und diese Umwandlung sei erleichtert und ohne Erschütterung vollzogen worden, nachdem für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht beschlossen worden und seine Einführung gesichert sei. Zugleich aber verlangte der Redner noch eine Erweiterung der Rechte des Reichstages, indem er ankündigte, daß seine Partei für einen Antrag stimmen werde, der die Zustimmung des Reichstages für jeden Krieg (also auch für einen Verteidigungskrieg) fordere.

Außerordentlich eingehend behandelte der sozialdemokratische Redner, Abg. Ebert, den Systemwechsel in Deutschland. Zwar richtete er dabei heftige Angriffe gegen die verantwortlichen Träger der früheren Methoden, aber das geschah doch nur nebenbei. Im wesentlichen galt seine Rede der Anerkennung des Neubaus, für den er aber noch mancherlei Wünsche hatte. So forderte er die Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten auf dem Wege der Reichsgesetzgebung und dazu auch das Wahlrecht für die Frauen. In längeren Ausführungen rechtfertigte der Redner den Eintritt seiner Partei in die Regierung. Die Sozialdemokratie habe nichts damit preisgegeben und nichts verleugnet. Sie lehne aber eine Verantwortung für alles ab, was vor dem 5. Oktober geschah.

Einen staatsrechtlichen Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Deutschland zog dann der Abgeordnete Raumann (Sp.). Er tadelte den Geist der Zweipartigkeit, der seit Beginn des Krieges in unserer Regierung und besonders in der auswärtigen Politik geherrscht und uns den Vorwurf der Unredlichkeit in der ganzen Welt eingetragen habe. „Weshalb ist denn die ganze Welt gegen uns?“ fragte der Redner. „Gewiß ist sie durch englische Lügen aufgebracht, aber eine Lüge, hinter der gar nichts ist, hat nicht. Wahr ist an der Lüge, daß die Deutschen, weil sie sich selbst mühsam aus dem Niederbruch herausgearbeitet haben, einen steifen und harten Staatsgeizismus nicht nur nicht haben überwinden können, sondern weil sie aus dieser Not sogar eine Tugend gemacht haben.“ Die Wandlung seit dem 5. Oktober bezeichnete der Redner als einen Anfang, als den Beginn einer neuen Zeit der deutschen Geschichte, in der von nun an der Grundsatz der Mehrheit in der Mitte des Staatsgebildens steht. Der Schluß der Ausführung Raumanns war ein starkes und freundliches Bekenntnis zu der Tatkraft und Lebensfähigkeit der deutschen Nation.

In ähnlichen Gedankengängen bewegte sich auch der nationalliberale Redner Dr. Stresemann, der ebenfalls manches Wort der Anklage gegen das alte System fand. Er gestand unumwunden ein, daß er an den deutschen Siegesfrieden geglaubt habe, aber die Entwicklung der Dinge habe ihn belehrt, und wenn seine Partei mit ihrer jetzigen Stellungnahme die Exaltation eines halben Jahrhunderts verleugne, so sei dies durch die Notwendigkeit und durch die Lage gerechtfertigt.

Den Schluß der Rednerreihe des ersten Tages bildete Abg. Graf Westarp (Kons.). Mit würdigen Worten begründete er die ablehnende Haltung seiner Fraktion gegen die Neuordnung und bezeichnete die politische Entwicklung als eine verhängnisvolle Wendung, von der schwere Gefahren für die Zukunft des Vaterlandes zu befürchten seien. Der Redner unterzog die einzelnen Verfassungsänderungen einer scharfen Kritik und betonte, daß seine Freunde und er der neuen Regierung gegenüber als Oppositionspartei stehen, in der Hoffnung und in dem Vertrauen, daß konservative Anschauungen einst eine gerechtere Würdigung finden werden, als das jetzt der Fall ist.

Es kam nicht wundernehmen, daß der Abg. Saase (N. Soz.) mit den stärksten Worten auch die Maßnahmen der neuen Regierung angriff. Seine Ausführungen, maßlos in der Form und ungeheuerlich im Ton, konnten indes das Bild der Reichstagsfraktion, das eine innere Geschlossenheit in der großen Linie zeigte, nicht trüben.

Nach der Rede des Abg. Saase ergriff der Bizekanzler v. Bahr das Wort zu einer längeren Erklärung. Er wandte sich weniger gegen den Redner der äußersten Linken, als vielmehr gegen den gestrigen Redner von der äußersten Rechten, den Grafen Westarp. Dann nahm ein Vertreter der Polen das Wort. Es war ein Mitglied der Partei, daß sie nicht einen ihrer Heißsporne, sondern den Abg. Stypel vorstellte, der gedämpft im Ton und in der Sache die Wünsche seiner Partei vorbrachte.

Wenn mit Ausnahme des Abg. Saase die Aussprache zeigte, daß die einzelnen Parteien noch mancherlei Sonderwünsche haben, wenn sich auch ergab, daß viele Mitglieder des Reichstages die Neuordnung nicht mit Zustimmung und viele sie mit Beforgnis betrachten, in einem waren alle Redner einig: Deutschland darf nicht vernichtet werden. Wenn der Abg. Herold die Aufhebung des letzten Mannes forderte, wenn Abg. Ebert erklärte, wir müßten alles aufbieten, damit das deutsche Volk nicht zusammenbricht, wenn Abg. Raumann hervorhob, daß wir nicht tot zu machen sind, wenn Abg. Stresemann erklärte, unser letzter Kampf könne, wenn das Schicksal unseren Untergang beschloß, nur ein solcher sein, daß wir vor der Geschichte bestünden, und wenn Abg. Westarp betonte: Wir wissen, daß das Volk keinen schmachvollen Frieden annehmen will und anzunehmen braucht, so fand das alles freundliche Bekenntnisse zu der

unverwundlichen Kraft unserer Nation und zu der Überzeugung: Wir wollen Frieden, aber nicht um den Preis unserer Ehre.

Deutscher Reichstag.

Weitere Aussprache über die Kanzlerrede.

(194. Sitzung.)

OB. Berlin, 23. Oktober.

Das Haus war minder gut besucht, als gestern, man merkte, nach der Rede des Kanzlers und der ersten Erklärung der Parteien war das Interesse wesentlich herabgemindert. Mit dem Bizekanzler v. Bahr sind sämtliche Staatssekretäre erschienen. In der Diplomatenloge wohnte u. a. der russische Votschafter Joffe der Sitzung bei.

Sitzungsbericht.

Als erster Redner nimmt das Wort Abg. Saase (N. Soz.): Seit dem Juli ist ein völliger Umbruch der politischen und militärischen Lage eingetreten. Die Weltrevolution, die dieser Krieg eingeleitet hat, nimmt ihren stürmischen Verlauf. Alle Reiche stürzen zusammen. Das mit Blut und Eisen zusammengebaute Österreich-Ungarn hat sich aufgelöst; die Türkei existiert nicht mehr; ein Arabereich ist neu entstanden. Bulgarien hat ein Bündnis mit der Entente geschlossen. Österreich-Ungarn wird folgen müssen. Der deutsche Kapitalismus hat das Spiel in vollem Umfang verloren. Wir freuen uns nicht, wenn bei dem Zusammenbruch des eigenen Kapitalismus der fremde Kapitalismus siegt. Aber es wäre nicht nur Wahnsinn, sondern ein Verbrechen, wollte man jetzt noch den Versuch machen, dem Volke die Schläge zu verschleiern. Es wäre anders gekommen, wenn man im Jahre 1915 nicht die ersten Friedensfäden, die sich mit England ausspannen begannen, zerissen hätte. Die geistige Reichskanzlerrede hat ebenso enttäuscht wie die erste. Unsere Rede war etwas Halbes und Unklares und kann deshalb nicht zum Waffenstillstand führen. Bei der Klammung Nordfrankreichs und Belgiens sind tatsächlich Verstärkungen auch ohne zwingende militärische Gründe vorgekommen. Die Kronen rollen, nach einem Wort von Friedrich Engels, auf das Schlachtfeld und niemand will sie aufheben. Ringsum tun sich Republiken auf. Warum müssen wir in Deutschland allein noch einen Kronenträger haben, und zwar den Träger nicht einer Krone, sondern von vielen Kronen und Krönlein? (Minutenlanges stürmisches Widerwortschrei und in der Mitte, großer Lärm.) Sogar eine Zeitschrift von nationalliberalen Blättern hat gefordert, daß der Kaiser sein Amt niederlege. Was aus dem Gebiet der inneren Umformung versucht werden soll, ist elendes Stillschweigen. Mit der Befreiung Reichs und Wittmanns macht das jetzige Regime Reklame für sich. Versteht man nicht das bittere Gefühl, von dem die beiden erfüllt sind, daß sie durch Gnade befreit wurden statt durch den Volkswillen?

Bizekanzler v. Bahr: Der Vortrager hat die Vorgänge der letzten Zeit reichlich einseitig dargestellt. Es ist kein Einfluß des Kapitalismus und keine Torheit, wenn das Volk sich in diesen Zeiten für den schärfsten Fall einrichtet, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Unsere innerpolitische Reform hat sich ruhig, fast geschäftsmäßig vollzogen. Aber Nacht ist eine solche Reform nicht zu machen. Zu staatsmännlichen Kunstschritten ist im fünften Kriegsjahre ebenso wenig Platz, wie für antimonarchistische Ertragsanagen. (Leb. Beifall.) Wir brauchen im Innern und nach außen Vertrauen, zum Teil sogar bei unseren Feinden, und darum ist auch eine klare Scheidung erforderlich. Wie hätte Graf Westarp Äußerungen, wie er sie gestern über den Weg zum Frieden, über den U-Boot-Krieg und anderes gemacht hat, als parlamentarischer Staatssekretär machen können? Kein Wunder, daß sich die Konservativen ausgeschaltet fühlen, wie sie 50 Jahre lang und mehr anders ausgeschaltet haben. Jetzt ist eine neue Regierung da. (Abg. Kreth: Kriegserfolg.) Selbst bei einer vernünftigen Teilung der Gewalten würde die Rechte noch immer ein halbes Jahrhundert und mehr im Werdend sein. Es war eben eine falsche Politik, daß Sie (zur Rechten) sich dem Rade der Entwicklung so lange entgegengesetzt haben, bis das Rad über Sie hinwegging. Nun sind Sie in der Opposition und können dort bleiben. (Leb. Beifall.)

Abg. Stypel (Volk): Gestern ist gesagt worden, es soll kein Fuß breit deutschen Bodens abgetreten werden. Wir verlangen keinen deutschen Boden, aber der Grundsatz, daß überall da, wo ein Deutscher seinen Fuß hingeseht, deutscher Boden sei, muß aufgegeben werden. Auch wir wollen Zweideutigkeiten vermeiden und geben daher die Reserve auf, die wir uns solange auferlegt haben. (Sturm. Beifall.) Wir wollen keine nationalen Empfindlichkeiten verletzen. Wir kennen diese Stimmung, weil wir selbst jahrhundertlang darunter gelitten haben. Die unverletzten Rechte des polnischen Volkes sollen jetzt vernünftig werden. Die augenblickliche Stand der Bevölkerung ist nicht entscheidend. (Kauter Widerspruch.) Auf des Abg. Ledebours: Was denn sonst? Wir fordern alle diejenigen Landestheile zurück, die einstmalig polnisch gewesen sind und verlangen einen eigenen freien Staat.

Graf Vosadowsky (D. Fr.): Der Trennungsstrich zwischen gegebener und vollziehender Gewalt war schon bisher in Deutschland nicht scharf genug gezogen. Gegenüber den fruchtlosen parlamentarischen Einsätzen, die wir hatten, bedeutet die letzte Parlamentarisation geradezu eine Erlösung. (Leb. Zustimmung rechts.) Nun wissen wir doch, wen wir verantwortlich zu machen haben, wer regiert und an wen wir uns halten. Die Minderheit wird nicht in den Fehler grundsätzlicher Opposition und ständiger Kritik verfallen, sondern die Maßnahmen der neuen Regierung von Fall zu Fall sachlich prüfen. Mit dem Schlagwort „Zunkerium“ kommt man nicht weiter.

Abg. Müller (All.) erklärt im Namen des elsässischen Volkes offen, daß alle bisherigen Meinungen keinen Einfluß mehr ausüben können. (Hört.) Seit der Annahme der Wilsonschen Forderungen kann die elsässische Frage nur noch auf dem Friedenskonferenz gelöst werden. Ein großer Teil des elsässischen Volkes will selbst über seine Zukunft bestimmen unter Maßgabe seines freien Willens. (Sturm. Hört. Hört.) Was jetzt geschieht, hat keinen Einfluß mehr, wäre es rechtzeitig geschehen, hätte es vielleicht den ganzen Krieg verhindert. (Hört. Hört.)

Abg. Hansen (Dän.): Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker muß für Nordschleswig die Erfüllung des § 5 des Brager Friedens und nach Friedensschluß die Lösung der nordschleswighischen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechts gefordert werden.

nur Anregung des Grafen Westarp erklärt Vizekanzler v. Bamer: Die Regierung werde auf die Erklärungen der Polen, Estländer und Dänen morgen antworten. Das Haus vertagt sich auf morgen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(100. Sitzung.)

Am Berlin, 23. Oktober.

Am Regierungstisch die Minister Dr. Friedberg, Drews, Eisenhart-Rothe, Bergt.

Das Haus ist gut besetzt. Der Platz des Abg. Rosenow (Sp.) ist anlässlich seines 70. Geburtstages mit einem prächtigen Blumenstrauß geschmückt.

Ausprache des Präsidenten.

Präsident Dr. Graf von Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er sagt: Noch nie zuvor ist das preussische Abgeordnetenhaus in so ernster und schwerer Stunde zusammengetreten wie heute. Unsere Hoffnung auf eine erfolgreiche Offensive haben wir begraben müssen, sie ist aufgegeben worden durch ein übermächtiges Anwachsen der feindlichen Streitkräfte und durch den unerwarteten Zusammenbruch Bulgariens. Wenn die angekündigten Friedensverhandlungen abermals scheitern sollten, so muß unter Volk sich noch einmal zu einem letzten entscheidenden Verteidigungskampf auf Tod und Leben erheben. Ich kann es nicht glauben, daß unter Volk in seiner Widerstandskraft nicht mehr das Volk Friedrichs des Großen und der Freiheitskriege sein sollte. In der Stunde der höchsten Gefahr des Vaterlandes sollte jeder Parteibader unterdrückt werden; wenn der Feind vor unseren Toren steht, müssen alle Volksteile sich zur Verteidigung des schwer bedrohten Vaterlandes zusammenfinden. (Beifall.) Wir bedürfen der Einheitsfront auch im Innern zur Erämpfung eines ehrenvollen Friedens. (Beifall.)

Die Wohnungsnot.

Zu der förmlichen Anfrage der Abgg. Dr. Bell (Str.) und Genossen über die Wohnungsnot erklärt Abg. Dr. Bell (Str.) in Anbetracht der Geschäftsfrage heute auf die Begründung der Interpellation zu verzichten. Er beantragt Überweisung der Interpellation und der den gleichen Gegenstand behandelnden Anfrage Dr. Adler (konf.) und Dienweg (konf.) an den Wohnungsausschuß zur schleunigen Beratung. Abg. Graf v. d. Groeben (konf.) stimmt dem zu, während die Unabhängigen Sozialdemokraten namentlich durch den Abg. Adolf Hoffmann widersprechen und sofortige Beratung verlangen. Der Antrag der U.-Sozialisten findet keine ausreichende Unterstützung.

Es folgt der Antrag Dienweg auf Freigabe der zur Ausbesserung erforderlichen Baustoffe, den der Antragsteller begründet. Ein Antrag über die Beschaffung ausreichender Wohnungen auf dem platten Lande begründet Abg. Graf v. d. Groeben (konf.). Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.) schildert den Umfang der Wohnungsnot und ergeht sich dabei in allgemeinen politischen Ausführungen. Abg. Gronowski (Str.) tritt dem Vorredner entgegen und gibt Einzelheiten über die Mißstände im Wohnungsweisen.

Preussischer Wohnungskommissar Coels van der Bruggen: Das beste, wohl das einzige Mittel zur Abhilfe der Wohnungsnot ist die Förderung des Wohnungsbau. Der Freigabe von Baugelände, den Wünschen zur baldigen Freigabe von Bauarbeiten bei der Demobilisierung, der Errichtung von provisorischen Siedlungsstellen wird Aufmerksamkeit zugewendet. Zur staatlichen Bürgschaft für zweite Hypotheken soll die ausgeworfene Summe von 10 Millionen Mark verdoppelt werden. Für Staatsarbeiterwohnungen sollen 40 Millionen flüssig gemacht werden.

Abg. Qué (Soz.) führt lebhafteste Klage, daß zu wenig geschehe, um der Wohnungsnot zu begegnen. Auch der Abg. Cieser (Sp.) ist für energisches Vorgehen. Abg. Grundmann (konf.) wendet sich gegen den Abg. Qué.

Damit schließt die Aussprache. Die Interpellation und die Anfrage werden der Wohnungskommission überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Errichtung von Ortsgerichten für Unterliegendes, Siedlungen und Begehren geht ohne Aussprache an die Gemeindefunktion. Zur Beratung kommen dann die Entwürfe der Konventionen, des Zentrums, der Fortschrittler, Nationalliberalen und Freikonservativen auf Gewährung einer weiteren einmaligen Steuererhöhung und Erhöhung der laufenden Zulage.

Bedingungslos Kapitulieren verlangt.

Das Echo unserer neuen Note.

Basel, 23. Oktober.

Nach Veröffentlichung der deutschen Antwort brachte eine Neutermeldung zufolge der Republikaner Reindiez vor dem am Montag tagenden Senat und Repräsentantenhaus einen Antrag ein, in welchem dem Kongress vorgeschlagen wird, weitere Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu verbieten, bis die deutschen Militärkräfte bedingungslos kapitulieren.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

29. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Und nun hatte er ein so junges, unbedeutendes Ding an seine Seite gestellt. So glaubte sie wenigstens. Und gerade dieser Glaube ließ sie ihre Niederlage doppelt schwer empfinden. Es war eine ruhmlos Niederlage, die sie, wie sie meinte, mit einiger Vorsicht und Energie hätte verhindern können.

Am Abend dieses Tages setzten sie nach Tisch ihre Unterhaltung noch fort und blieben lange beisammen sitzen.

Als sich Graf Rainer endlich von ihr verabschiedete, sagte er bewundernd:

„Du bist eine Zauberin, Gertrude. Wenn man mit dir ins Plaudern kommt, vergißt man alles um sich her. Und ich weiß nun wirklich nicht, soll ich von deinem Plaudern oder von deinem verständnisvollen Schweben mehr entzückt sein. Sicher hast du mir wieder einige reizende, genussreiche Stunden verschafft. Ich könnte mir Rainer ohne dich gar nicht denken.“

Sie sah ihn mit einem seltsamen Blick an und hoffte wieder, er würde noch etwas hinzufügen. Aber er lächelte ihr nur die Hand und sagte ihr gute Nacht. Dann war sie allein.

Am nächsten Morgen fand Graf Rainer in der Posttasche einen Brief seines Bruders Henning und einen von Josta. Der letztere lautete:

Lieber Rainer!

Vielen Dank für Deinen lieben Brief und die herrlichen Rosen aus dem Ramberger Gewächshaus. Sie kamen noch tauschend an und schmückten mein Zimmer. Sie duften wundervoll.

Du fragst mich in Deinem Briefe, ob ich mich nun ein wenig an den Gedanken gewöhnt habe, daß aus meinem Onkel Rainer mein Verlobter geworden ist. Offen gestanden — ich kann es noch immer nicht fassen. Wenn ich des Morgens er-

Französische und englische Stimmen.

Das Urteil der französischen Blätter über die neue deutsche Note ist durchgängig abfällig. Die Blätter meinen, die einzige Tatsache, die sich aus der unklaren Note ergebe, sei, daß Deutschland dringend eines Waffenstillstandes bedürfe. Aber daran sei nicht zu denken, solange Deutschland nicht als Besiegter unterhandeln wolle. Die Blätter sind darin einig, daß Präsident Wilson die Antwort nicht als befriedigend ansehen wird. — Nicht wesentlich anders lauten die englischen Stimmen, unter denen sich einige in wüsten Beschimpfungen gefaßt haben, während die meisten von einem „Spiel mit Worten“ reden, dem ein Ende gemacht werden müsse. Lord Lansdowne erklärte in einer Unterredung, die Lage sei sehr kritisch und England müsse sehr behutsam vorgehen. Keiner werde wahrscheinlich die Verteidigung annehmen, daß die deutschen Verstärkungen zu Lande und zur See durch Notwendigkeiten gerechtfertigt oder beschönigt werden können. Es bleibe abzuwarten, ob die bekanntgegebene Instruktion einen Stillstand dieser Ausschreitungen zur Folge haben wird. Ihre Erneuerung wäre verhängnisvoll für den weiteren Fortschritt der Verhandlungen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Für die gleiche Beförderung von Offizieren und Mannschaften tritt ein konservativer Antrag ein, den der Abg. Graf v. Westarp eingebracht hat. Er hat folgenden Wortlaut: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen a) darauf hinzuwirken, daß die Beförderung für Mannschaften und Unteroffiziere vom 1. Oktober 1918 ab mindestens verdoppelt und eine angemessene Aufbesserung der Gehälter für Offiziere möglichst bald durchgeführt wird; b) die gleiche Beförderung von Offizieren und Mannschaften durchzuführen. — Der Antrag hat die Unterstützung der gesamten konservativen Reichstagsfraktion.

* Der neue Staatssekretär von Elsaß-Lothringen Schwander ist mit einer Rundgebung des Willens der Elsaß-Lothringer hervorgetreten. Er benutzte dazu die erste sich bietende Gelegenheit beim Empfang der Beamten des Ministeriums. Nachdem er sie um treue Mitarbeit für die Regierung, die, wie mit aller Schärfe gesagt werden müsse, nach neuen Richtlinien arbeiten werde, gebeten hatte, erklärte er: „Das mögen alle wissen: Die Selbständigkeit, die dem Lande jetzt nach langem Warten Anteil wird, wird es sich nie wieder nehmen lassen.“ — Die Regierung hat beschlossen, den Landtag innerhalb der nächsten 14 Tage einzuberufen.

Osterreich-Ungarn.

* Die politische Entwicklung in Osterreich-Ungarn steht im Zeichen unaufhaltsamen Auseinanderstehens. Nachdem sich die erste Regierung Deutsch-Osterreichs konstituiert hat, werden auch die anderen Nationalitäten zu solchen Regierungsbildungen schreiten. Der Vorschlag des Ministerpräsidenten, einen Völkerräten Ausschuss nach Art des deutschen Reichstags hauptauschusses zu bilden, ist abgelehnt worden, und es ist nicht abzusehen, wie der Reichsrat seine Geschäfte weiterführen wird, da niemand mehr an die gemeinsamen Interessen denkt. — In Ungarn hat Ministerpräsident Bekerle einen Gesetzentwurf angekündigt, der die völlige Selbständigkeit Ungarns auspricht. Mit allem Nachdruck wendet er sich aber gegen die Forderung der Opposition, sofort und unabhängig von Deutschland auf eigene Faust Friedensverhandlungen einzuleiten.

Rumänien.

* Die Stimmung in Rumänien hat sich in den letzten Wochen grundlegend geändert. Allgemein nimmt man an, daß der Sturz des Kabinetts Marghiloman bevorstehe. Der Friede von Bukarest wird in Jassy von niemandem mehr als existierend angesehen. Es herrscht allgemein die Ansicht vor, daß durch die Neugestaltung der weltpolitischen Lage die rumänischen Fragen viel günstiger erledigt werden würden. Die „großrumänischen“ Pläne sind wieder erwacht.

Rußland.

* In einem Telegramm an Balfour richtet Volkskommissar Litwischewin heftige Anklagen gegen England und Frankreich wegen ihrer Haltung gegenüber den Tschecho-Slowaken. Die Note macht beide Staaten für die Greuelthaten der Tschecho-Slowaken verantwortlich und schließt: „Wenn die gesamte Bevölkerung dieser unabwehr-

Gebiete täglich diese blutige Wirklichkeit ertragen muß und Hunderttausende von Menschenleben einen Fluch heraus-schreien gegen die hassenhaften Urheber der Verbrechen und besonders gegen den Imperialismus, welcher dieses unermeßliche Leid über das Land gebracht hat, so kann das Volkskommissariat nur mit Verachtung und Empörung den Versuch zurückweisen, der Verantwortlichkeit für Taten auszuweichen, deren ganze Last auf ihre Urheber fallen muß.“ — Das ist ziemlich deutlich!

Holland.

* Die niederländische Regierung antwortete auf das amerikanische Anerbieten, 100.000 Tonnen Kohlen nach Holland zu liefern, falls es die Lebensmittelausfuhr nach Deutschland einstelle: die Angelegenheit könne auf der Londoner Wirtschaftskonferenz entschieden werden, sie hänge eng zusammen mit der Benutzung des freien niederländischen Schiffsraumes, von dem noch ein Teil in den amerikanischen Häfen liege. Bei den Unterhandlungen in London zwischen den Niederlanden und England werde sich dann zeigen, inwieweit man von dem amerikanischen Anerbieten Gebrauch machen könne, wobei die Bedürfnisse der Niederlande und die Politik, die ihm seine Lage auferlege, in Betracht gezogen werden müßten.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 23. Okt. Der Reichskanzler ist an einer leichten Grippe erkrankt.

Berlin, 23. Okt. Dem Reichstage wird Mitte November eine neue Kriegskreditvorlage von wieder 15 Milliarden Mark zugehen.

Berlin, 23. Okt. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist eine Denkschrift des Finanzministeriums zugegangen, die über die Entschädigung der Grundbesitzer und die Ausgestaltung der im September gewährten einmaligen außerordentlichen Kriegsteuererhöhung Aufschluß gibt.

Dresden, 23. Okt. Die konservative Fraktion der Zweiten Ständekammer hat einstimmig einen Beschluß angenommen, der sich für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Sachsen ausspricht.

Amsterdam, 23. Okt. Nach Londoner Berichten befindet sich die ganze spanische Botschaft in Marokko in völliger Anarchie. Raub herrscht unumschränkt.

Helsingfors, 23. Okt. Prinz Friedrich Karl von Hessen hat in einem Telegramm erklärt, daß er vor Ablauf von zwei Monaten keine endgültige Antwort betreff Übernahme der finnischen Krone geben könne, da er kein Friedenshindernis sein wolle.

Helsingfors, 23. Okt. Der hier eingetroffene ukrainische Gesandte gab der Überzeugung Ausdruck, daß sich die Lage in der Ukraine allmählich festigen werde. An eine Revolution glaube er nicht.

Der Krieg.

Schwere Kämpfe in Flandern.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 23. Oktober.

Westlicher Kriegshauptplatz.

Geeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Kämpfe in der Ys-Niederung dauern an. Heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Deinze, nördlich der Stadt wurden abgewiesen, südlich der Stadt nach anfänglichem Geländegewinn durch Gegenstoß westlich der Straße Deinze-Olsene zum Stehen gebracht.

Östlich von Kortrijk wurden wir vom Westrande von Bichte auf den Ostrand zurückgedrückt. Beiderseits des Ortes sind starke feindliche Angriffe gescheitert. In erbittertem Kampf wurden die Höhen bei Reiberg vom Schlesischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 10 unter seinem Kommandeur Major Gröner gegen vierfachen Ansturm des Gegners gehalten. Teilkämpfe in der Schelde-Niederung beiderseits von Tournai und Valenciennes.

Geeresgruppe Deutscher Kronprinz. Südlich von Marle räumten wir den vorübergehend verteidigten Brückenkopf an der Serre und Souche und nahmen unsere Linien hinter die Bach-Abzweigungen zurück.

An der Maas wiesen wir heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Nanteuil ab.

Auf dem westlichen Maas-Ufer beiderseits von Bouziers und östlich von Oliz haben die Kämpfe größeren Umfang angenommen. Unter starkstem Artilleriebeschuss griff der Feind am frühen Morgen zwischen Tervuren und Kalaite

wächshaus die schönsten roten Rosen für sie auszuwählen.

Dann öffnete er schnell und erwartungsvoll den Brief seines Bruders.

Dieser lautete:

„Dergensbruder! Kannst du dir vorstellen, was ich für große Augen gemacht habe, als du mir Deine Verlobung mitteiltest? Fast hatte ich schon die Hoffnung aufgegeben, daß du jemals das Ehejoch auf dich nehmen würdest. Und nun kommst mir Dein Entschluß doch so schnell und überraschend. Aber am allerunangenehmsten finde ich, daß du die kleine Josta zur Gattin auserwählt hast. Ich sehe da im Geiste etwas Langaugiges, Eitles, Unmühseliges vor mir, das ich mir gar nicht als Majoratsberrin von Ramberg und als Nachfolgerin der schönen Gertrude vorstellen kann. Es sind ja viele Jahre vergangen, seit ich Josta von Waldow gesehen habe. Damals war sie durchaus keine Schönheit, und wenn ich sie im Geiste neben meinen Herzbruder halte, der doch von Mutter Natur so freigiebig bedacht worden ist, dann muß ich den Kopf schütteln. Aber ein Kamerad vor mir, der diesen Winter in der Residenz weilte und die Hoffeste mitmachte, behauptete gestern Abend, als ich ihm Deine Verlobung mitteilte, mit einem ganz verächtlichen Augenaufschlag, Fräulein von Waldow sei eine hervorragende Schönheit geworden. Das muß ja wohl auch so sein, denn sonst hätte sie Deine Ehefrau schwerlich bestiegt.“

Ich komme natürlich zu Eurer Verlobungsfeier nach der Residenz, um Euch meine Glückwünsche persönlich zu überbringen und mir schleunigst ein Plätzchen zu sichern im Herzen meiner neuen Schwägerin. Denn wenn sie dich heiratet, muß sie mich schon als Zugabe mit in den Kauf nehmen, mein Rainer, da bist ihr garnichts. Wir zwei gehören doch zusammen, mein Herzensbruder, nicht wahr, daran ändert auch Deine Verlobung nichts? Wenn du nun erst in Ramberg eine Hausfrau hast, dann werde ich mich oft genug bei Euch festsetzen. Das erste Jahr Deiner Herrschaft in Ramberg haben wir betäubend wenig voneinander gehabt. Nach Berlin bist du nur mal auf einen Sbruna aus-

wache, frage ich mich, ob dies alles ein Traum gewesen ist.

Und weiter fragst du mich, ob ich es bereue, dir mein Jawort gegeben zu haben. Nein — ich bereue es nicht. Du bist ja so gut zu mir. Nur ein wenig bange bin ich noch immer, ob ich nicht zu unbedeutend für dich bin und ob ich meinen Platz an deiner Seite als Majoratsberrin von Ramberg zu Deiner Zufriedenheit werde ausfüllen können. Du wirst Nachsicht haben müssen und darfst die Geduld nicht verlieren. Ich stelle mir manches sehr schwer vor. Obwohl ich Papa den Haushalt zur Zufriedenheit geführt und seiner Stellung angemessen repräsentiert habe, so ist es doch sicher viel schwerer, die Pflichten einer Majoratsberrin von Ramberg auszufüllen. Aber natürlich werde ich mir viel Mühe geben und versuchen, all meinen Pflichten gerecht zu werden.

Und nun habe ich dir heute nichts mehr zu berichten. Ich habe noch allerlei vorzubereiten für die Verlobungsfeier. Alle Geladenen haben zugesagt. Papa läßt dich herzlich grüßen. Bitte, eine Empfehlung und einen Gruß an Gräfin Gertrude auszusprechen. Sage ihr, daß ich für ihre Zusage, an unserem Feste teilzunehmen, herzlich danke, und daß ich mich freue, sie nun bald kennen zu lernen.

Ich grüße dich herzlich, lieber Rainer.

Auf Wiedersehen!

Deine Josta.“

Seine Augen leuchteten auf.

„Ich grüße dich herzlich, lieber Rainer.“ las er noch einmal. Und ihm war, als hörte er Jostas Stimme dabei. Dieses Briefchen war freilich durchaus kein Liebesbrief, es klang fast weniger herzlich, als die wenigen Schreiben von ihr, die sie früher zuweilen an „Onkel Rainer“ gerichtet hatte. Und doch entzückte es ihn, und er drückte es an seine Lippen.

„Wie ein verliebter Bräutigam“, spottete er über sich selbst.

Und doch war ihm so eigen jung und heiß ums Herz.

Bäselnd steckte er den Brief zu sich. Er wollte ihn nachher gleich beantworten und wieder im Ge-

zwischen Olsan und Beaurepaire an. Auf den westlich von Vallon konnte der Angriff etwas gewonnen werden. An der übrigen Front ist er vor den Linien gescheitert. Auch am Nachmittage brach der Feind nach erneuter starker Artillerievorbereitung den Angriff vor. Das 1. Bayerische Infanterieregiment unter Führung seines Kommandeurs, Major Schmidler, hat in zäher Verteidigung die Höhe östlich des Heeres gegen mehrfachen Ansturm des überlegenen Feindes gehalten.

Auch an der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für ihn abgewiesen.

Heeresgruppe Gailisch. Zwischen Argonnen und Maas und zwischen Maas und Mosel rege nächtliche Tätigkeit. Kämpfe westlich der Maas und westlich der Mosel ohne besonderes Ergebnis.

Leutnant Bückner errang seinen 40. Lusttag.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff. (erscholl, weil nur in einem Teil der letzten Auflage enthalten.)

Kriegsminister Scheuch über die Krieganleihe:

Wer nicht Krieganleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Krieganleihe wird immer mindestens so gut sein wie bares Geld.

Reich

Von einem geschlagenen Heer keine Rede.

Die holländische Presse beschäftigt sich vielfach mit der Zurücknahme der deutschen Linien. Das „Arnhemse Dagblad“ hebt mit Verwunderung die Weisheit des holländischen Rückzuges hervor und auch die „Provinciale Courant“ spricht von seiner bewundernswürdigen Durchführung. „Nieuws van den Dag“ weist darauf hin, daß es den Feinden nicht gelungen sei, den holländischen Heeren ein Sedan zu bereiten. „De Rotterdammer“ schließt aus dem Rückzug auf eine eiserne Disziplin in dem deutschen Heere, so daß von einem geschlagenen Heere keine Rede sein könne. Im übrigen beschäftigt sich die Presse lebhaft mit dem Abbruch der Kämpfe. Mehrere Blätter berichten, es seien bereits englische Granaten auf holländisches Gebiet gefallen.

Das Wesen der Schlacht.

Bei der Besprechung der großen Schlacht im Westen kommt Oberst Egli in den „Basler Nachrichten“ zu folgendem Schluß: Der Charakter der Schlacht hat auch in der letzten Woche sich nicht geändert. Außer in Flandern leisten die Deutschen immer noch so zähen Widerstand, daß es dem Angreifer noch nirgends gelungen ist, den Zusammenstoß der deutschen Front zu lockern. In vielen Fällen erhält man sogar den Eindruck, daß die Kraft der Verteidigung eher zu als abnehme. Das kann operative Absicht, aber auch für die Deutschen die Notwendigkeit sein, die Verbündeten solange hinzuhalten, bis das Gelände hinter der Front geräumt und seine Stellungen zur Aufnahme bereit sind.

Die deutschen Räumungsmaßnahmen.

Das vom spanischen Gesandten Marquis de Villalobar, dem holländischen Geschäftsträger Ministerresident van Hellenboven und vom Delegierten des belgischen Räumungswerkes, dem belgischen Staatsangehörigen van Bree, gemeinsam verfaßte Protokoll über das Ergebnis ihrer Untersuchung über die Zerstörungen und Räumungen in Nordfrankreich und Belgien liegt bereits vor und wird baldamtlich veröffentlicht.

Aus dem Protokoll geht hervor, daß die Bevölkerung der englisch-französisch-amerikanischen Beschiebung bereits ihre Wohnstätte verlassen muß.

Die Kommission stellt fest, daß die Fortführung der Beschiebung angesichts der Lage als ein Vorgehen der Menschlichkeit betrachtet werden muß. Die Gesandten erkennen gern an, daß die Maßnahmen, die von den deutschen Behörden in den Städten, denen die Beschiebung drohte, ergriffen worden sind, Zeugnis von der Sorge um die Lage der Bevölkerung getragen waren, deren trauriges Los sie, so gut es ihnen möglich war, zu mildern bemüht gewesen sind.

Wird nun Wilson noch weiter an die Märchen von den deutschen Greuelthaten glauben?

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 24. Okt. (U.) Im Monat September haben die Mittelmächte rund 440 000 Brt. des für unsere Feinde nützlichen Handelschiffsraums versenkt. Nach neuen Nachrichten sind außerdem weitere 36 000 Brt. Schiffsraum durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

kommen und in Ramberg habe ich mich bei meinem ersten dort verlebten Urlaub, offen gestanden, recht unbehaglich gefühlt. Jetzt kann ich es Dir ja sagen, mein Rainer, Gerlinde wirkte bedrückend auf mich. Vielleicht hauptsächlich durch ihre Trauerkleider. Ich hatte in ihrer Gegenwart immer das Gefühl, als sei mir das Leben eingeengt. Und Du weißt, ich lache doch so gern. Nun wird ja Gerlinde ins Witwenhaus übersiedeln und in Schloß Ramberg wird die kleine Jostia residieren. Die kann wenigstens herzhafte lachen, das weiß ich noch. Und ich hoffe, manches Lächeln mit ihr in Ramberg lachen zu können.

Und zum Schluß meine innigsten Bruderwünsche, mein Rainer. Möge Deine Ehe ein einziger langer Glückstag werden und Dir alles bringen, was Du Dir ersehnt. Alles andere sage ich Dir „Aug“ in Ruhe, wenn wir uns wiedersehen. Wahrscheinlich treffe ich am Abend des 14. Mai ein. Ich kann doch im Palais Ramberg Wohnung nehmen? Jedenfalls brauche ich Dir meinen Zug, damit Du mir einen Wagen an den Bahnhof schicken kannst, denn in den klapprigen Mietkutschen unseres Residenzschlusses nehme ich ein schneidiger Gardeleutnant wenig vorliebhaft aus.

Auf Wiedersehen, mein Alter. Ich grüße Dich in alter Herzlichkeit.

Dein Henning.

Büchelnd fastete Graf Rainer auch diesen Brief zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Kriegspost.

Berlin, 23. Okt. Infolge freundschaftlicher Vereinbarung sind sieben in spanischen Häfen befindliche deutsche Schiffe mit 21 000 Tonnen der spanischen Regierung als Ersatz für versenkten Schiffsraum überlassen worden.

Budapest, 23. Okt. Im ungarischen Abgeordnetenhaus stellte Graf Tisza u. a. fest, daß auf das Ultimatum an Serbien, an dem er mitgearbeitet habe, weder Kaiser Wilhelm noch sonst ein deutscher Faktor Einfluß gewonnen habe.

Osaka, 23. Okt. Das Schahamt der Vereinigten Staaten eröffnete Stellen einen neuen Kredit von 200 Millionen Dollar und Frankreich einen solchen von 100 Millionen Dollar. Das Schiffahrtsamt erbat noch 120 Millionen Dollar für die Konstruktion von Schiffen, wodurch der dafür angelegte Gesamtbetrag auf 3004 Millionen steigt.

Amsterdam, 23. Okt. Der König und die Königin von Belgien besuchten gestern Brügge.

Amsterdam, 23. Okt. Den Blättern zufolge sind gestern wieder einige Tausend Flüchtlinge über die belgische Grenze gekommen.

Lugano, 23. Okt. Die tschecho-slowakische Regierung in Paris ist von der italienischen Regierung anerkannt worden.

Vom Tage.

Der Gefangenenaustausch.

England lehnt ab.

Die bereits in der englischen Presse angekündigte Antwort der britischen Regierung auf die letzte Äußerung der deutschen Regierung zur Frage der Unterzeichnung der Haager Gefangenenvereinbarung vom 14. Juli 1918 ist nunmehr eingegangen. Die englische Regierung lehnt danach die von der deutschen Regierung geforderten Sicherungen gegen eine englische Mitwirkung bei Internierung- und Deportationsmaßnahmen gegenüber den Deutschen in China ab; auch beharrt sie auf dem von ihr gemachten Vorschlag zur Abänderung der Vereinbarung insoweit, als sie die gegenwärtig in den Niederlanden und der Schweiz internierten Unteroffiziere und Mannschaften von Unterseebootsbesatzungen als einzige von der Heimischaffung ausgeschlossen sehen will, während sie sich mit der Heimförderung der in diesen Ländern internierten Offiziere von Unterseebooten einverstanden erklärt. Eine Begründung für diese Unterscheidung, die den von der Entente so oft betonten demokratischen Grundsätzen widerspricht, wird englischerseits nicht gegeben. Es steht zu hoffen, daß damit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Immerhin muß schon jetzt festgestellt werden, daß die englische Regierung die Verantwortung für die hinausgezögerte des Inkrafttretens der Haager Vereinbarung trägt, indem sie dem berechtigten Wunsch der deutschen Regierung nach Schutz der Chinesen die Erfüllung verweigert und auf einen willkürlichen, der Billigkeit widersprechenden Abänderungsvorschlag zu der von ihren Delegierten unterzeichneten Vereinbarung besteht.

Die deutsche Note in Washington.

Rotterdam, 23. Okt. Der amtliche Wortlaut der deutschen Note traf gestern in Washington auf der Schweizer Gesandtschaft ein.

Die Stimmung in Amerika.

Basel, 23. Okt. Aus New York berichtet die „Times“, der Stand der Friedenshoffnungen sei seit Freitag wenig verändert. Im Senatsauschuß wurde die Frage der Kriegskosten angestrichen. Staatssekretär Lansing erklärte, das Friedensprogramm Wilsons enthalte nichts über die Erstattung der Kriegsschäden.

Englische Winke nach Washington.

London, 23. Okt. Eine offizielle Reutersnotiz besagt, die Ansicht maßgebender englischer Kreise gehe dahin, daß die deutsche Note keine sachliche Unterlage habe. Die Note an Wilson nehme vielmehr ihre Zuflucht zu vielen Worten, um das Fehlen einer Antwort zu demanteln.

Clemenceau nach Ostende abgereist.

Lugano, 23. Okt. „Secolo“ berichtet aus Paris, Clemenceau sei mit dem belgischen Minister des Innern nach Ostende abgereist, um die Schadenersatzforderungen festzustellen.

Aus Nah und Fern

Herborn, den 24. Oktober 1918.

* Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielt der Kanonier Frh. Heun aus Schöndach.

* (Unsere Schuld.) Wenn man vor kurzem die deutschen Festungen zur Hand nahm, konnte man glauben, wir lebten nicht in einem Krieg gegen die halbe Welt, sondern in einem Bürgerkrieg. Wir haben unter ewiger Krittellei an den wirtschaftlichen Einrichtungen unsern Willen zur Selbsterhaltung so geschwächt, daß der Feind einen Erfolg erringen konnte, der ihm sonst verjagt geblieben wäre. Jetzt muß in jedem Deutschen die Erkenntnis der ersten Stunde geweckt werden. Der Feind ist willens, in unsere Heimat einzubrechen. Das wird ihm aber nie gelingen, wenn wir die durch die Wirksamkeit feindlicher Agenten zersplitterten Kräfte unseres Volkstums sammeln. Noch sind wir imstande, großes Unheil zu verhüten. Handeln wir darnach und bezugen wir auch unsern Soldaten, daß wir ihnen die verdiente Achtung nicht vergaben. Da der Krieger heute nicht mehr so viel Liebesgaben wie früher erhalten kann, so muß er dafür täglich fühlen, daß seine Treue durch Treue vergolten wird.

Weglar. Wegen der zahlreichen Erkrankungen hat die hiesige evangelische Volksschule ihren Unterricht bis zum 1. November eingestellt. — Das hiesige Kaiserliche Postamt teilt mit: Infolge zahlreicher Erkrankungen unter dem Personal des Postamts kann bis auf weiteres nur eine zweimalige Ortsbriefbestellung um 8 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags stattfinden.

Weilburg. Professor Dr. Ottmann, der über 40 Jahre an der hiesigen Landwirtschaftsschule gewirkt hat, ist aus dem Lehrer-Kollegium ausgeschieden; an seine Stelle trat Hilfslehrer Schneider aus Bonn.

Nassau. Kaufmann Heinrich Sam in in Hedderheim, der langjährige 1. Vorsitzende des „Nassauischen Sängerbundes“, ist gestorben.

Höchst a. M. Die große Kohlenhalde der Mainkraftwerke am Mainufer brennt seit einigen Tagen. Ein größeres Soldatenkommando ist mit der Abfuhr der noch unverbrannten Kohlen beschäftigt.

Schwanheim a. M. Der größte Teil der hiesigen Landwirte hat seine Kartoffellieferungszettel mit

dem Bemerkten an die Gemeindeverwaltung zurückgegeben, daß er wegen Kartoffelmangels die vom Kommunalverband angeforderte Menge nicht liefern kann. Der Grund dieser Weigerung liegt darin, daß die Bauern ihre Kartoffeln zu weit höheren Preisen im Wege des Schleichhandels abgesetzt haben und noch abgeben. Der Gemeinderat droht nunmehr, falls die freiwillige Abgabe der Kartoffeln nicht erfolgt, mit der schärfsten Nachprüfung der vorhandenen Vorräte durch Gendarmen und mit Enteignung der Früchte.

Frankfurt a. M. Zwei junge Burschen stahlen nachts aus der Waschküche des Hauses Sandweg 143 für annähernd 5000 Mark Wäsche. Die Diebe saßte man wohl, die Wäsche hatten die Burschen aber bereits im Gewerkschaftshaus verkauft.

Mainz. Der Seelsorger des städtischen Krankenhauses, Pfarrer Moys Fleck, ist nach zweitägigem Krankenlager verstorben. Er hat testamentarisch bestimmt, daß er in einem Armenjarg beerdigt sein will und daß ihm unter keinen Umständen Blumenpenden gespendet werden.

Berlin, 23. Okt. Wegen des fühlbaren Mangels an kleinem Gelde beabsichtigt nun auch die Reichshauptstadt Rotgeld drucken zu lassen und dann zu verausgaben.

Mathenow, 23. Okt. Hier ist der bei der Kreisverwaltung angestellte Architekt Sippel, der mit der Brot- und Mehlverteilung des Kreises Westhavelland betraut war, wegen Schiebung mit Reisbrotmarken verhaftet worden.

Koburg, 23. Okt. Als dieser Tage Erzbischof Ferdinand von Bulgarien eine Autofahrt im Hofgarten unternahm und einen Spaziergang in den Wald machte, wurden ihm aus dem Automobil ein Pelz und ein Militärmantel gestohlen.

Osaka, 23. Okt. In Guatemala hat ein Erdbeben stattgefunden, wobei 150 Menschen getötet und viel Eigentum zerstört wurde.

Wie schützt man sich gegen die Grippe? Die Grippe, die zuerst im Juli dieses Jahres in Preußen und Deutschland in größerer Ausdehnung aufgetreten ist und dann vorübergehend nachgelassen hat, ist seit etwa 14 Tagen in erheblich stärkerer Verbreitung wieder erschienen. Nicht nur die Zahl der Fälle, sondern auch die Schwere derselben hat in letzter Zeit merklich zugenommen, wie dies auch in den früheren Epidemien, namentlich im Winter 1889/90 der Fall gewesen ist. Schwere Lungenerkrankungen, die vielfach tödlich endigen, und ruhrartige Erkrankungen sind im Verlaufe der Grippe beobachtet worden. Besonders zahlreich sind jugendlichere Personen, namentlich Frauen, erkrankt. Als Maßregeln wird empfohlen, daß sich die Personen in der Umgebung von Kranken davor hüten, daß sie von den Kranken angehaucht werden. Man hat sich ferner, sobald man Krankheitserscheinungen spürt, möglichst der Bettruhe zu befleißigen und vor Erkältungen in acht zu nehmen. Auch sollen Personen aus Familien, in denen Fälle von Grippe vorkommen, sich beim Verkehr mit hunderten Personen möglichst vorziehen, damit sie die Krankheit nicht auf diese Weise übertragen. Endlich wird empfohlen, Nase und Rachen mit schwachen Lösungen von Wasserstoffsuperoxyd auszugurgeln. Im übrigen soll man Gerüchten, die im Publikum verbreitet sind, daß in Deutschland Lungenpest oder Hungertypus ausgebrochen wären, nicht glauben. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Krankheit in einigen Wochen zurückgehen wird.

Zur Durchsuchung der Pakete in den Postanstalten wird amtlich mitgeteilt, daß sich die polizeiliche Kontrolle von Paketen, die in den Schaltervorräumen von Reichspostanstalten gelegentlich ausgeübt wird, auf solche Einzelfälle beschränkt, in denen der Verdacht begründet erscheint, daß es sich um Versteckungen des gewerbsmäßigsten Schleichhandels handelt. Daß noch nicht aufgefahrene Pakete in solchen Verdachtsfällen von den Polizeibehörden durchsucht werden dürfen, entspricht dem geltenden Rechtszustand.

Was eine Buchhalterin verlangen kann. Auf das Gehalt einer Bilanzgesellschaft in Berlin nach einer Buchhalterin meldete sich eine Dame, die als festen Anspruch ein Monatsgehalt von 625 Mark verlangte. Daneben forderte sie aber zwei Prozent vom Umsatz. Da der Umsatz der Gesellschaft 10 Millionen im Jahr beträgt, so würde die Buchhalterin als Nebeneinnahmen 200 000 Mark bußen können. Selbst bei einem Umsatz von nur einer halben Million im Jahr würde die Buchhalterin 10 000 Mark neben ihrem Gehalt bekommen.

Keine Laubheuschrecken mehr. Nach einer Mitteilung von zuständiger Stelle sind jetzt die Laubheuschrecken einzustellen, da mit der größtenteils eintretenden Verfärbung der Blätter die nahrungsfähigen Säfte aus den Blättern in den Stamm abwandern. Die Blätter verlieren dadurch ihren Nährwert und werden für die tierische Nahrung ungeeignet. Wo die Verfärbung noch nicht eintreten sollte, ist unter allen Umständen von der Sammlung von Eichenlaub wegen des ständig steigenden Gerbstoffgehalts abzusehen.

Unvorbereitete Lehrer boykottiert. „Gazeta Poranna“ meldet aus Ostrowiec, daß in dem dortigen Gymnasium die Schüler der siebenten Klasse in den Streik getreten seien, da die Lehrer nicht genügend vorbereitet zu den Stunden erschienen.

Beschränkung in der Versendung von Anzeigen. Das Oberkommando in den Marken macht bekannt, daß vom 1. November ab periodische Druckschriften während der ersten zwei Wochen nach ihrem Erscheinungstage nur ohne Anzeigenanteil oder mit völlig unentgeltlich gemachten Anzeigen zum Auslandsversand zugelassen sind. Als Anzeigen in diesem Sinne gelten alle nicht unter Verantwortung der Schriftleitung erscheinenden Veröffentlichungen. Ausgenommen sind: Anzeigen amtlicher Stellen und öffentlich rechtlicher Korporationen des Deutschen Reiches und der mit ihm verbundenen Staaten; Geschäftsberichte, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und Emissionsprospekte handelsgerichtlich eingetragener Firmen; Anzeigen, deren Annahme mindestens 14 Tage vor dem Ausgabetermin der Druckschrift erfolgt ist. Unberührt bleibt der amtliche Versand, der Feldpostversand, der Versand ins besetzte Gebiet und nach Österreich-Ungarn.

34 450 Mark für zwei Briefmarken. Bei einer Briefmarkenversteigerung in Berlin wurden für ein Briefstück mit zwei seltenen Vergedorsmarken, die verkehrt gegeneinander gedruckt waren, 34 450 Mark bezahlt, das ist der höchste Preis, der bisher auf einer Briefmarkenversteigerung erreicht worden ist. (Bisher war der höchste Preis 7200 Mark für eine Sachsen 3-Pf.-Marke.)

Hungersnot in Montenegro. Schweizerische Blätter melden, Montenegro habe sich mit einem fleißigen Hilferuf an die Schweiz gewandt und sie um Lebensmittel gebeten, da seine Bevölkerung sonst dem Hungertode preisgegeben sei.

Letzte Nachrichten.

Die Aufnahme der deutschen Note im französischen Parlament.

Genf, 24. Okt. (TU) In den Wandelgängen der Kammer wurde die deutsche Note lebhaft kommentiert. Einstimmig war man der Ansicht, daß sie in noch höherem Grade als die frühere die Niedergeschlagenheit und Demoralisation der deutschen Bevölkerung beweise. Man fand die Note zweideutig, dunkel bezgl. der Räumungs- und Waffenstillstandsbedingungen und lügenhaft bezgl. der Zerstörungen. Trotz der Versicherungen glauben die Parlamentarier, daß die inneren Reformen gar keine Garantien für Dauer und Wirksamkeit bilden. Sie kommen zu dem Schluß, daß Washington die deutsche Note wahrscheinlich nicht in Erwägung ziehen werde.

Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen in Versailles.

Genf, 24. Okt. (TU) Der „Temps“ meldet: Die Alliiertenkonferenz in Versailles ist in die Beratung der eventuellen Waffenstillstandsbedingungen eingetreten. Die Beratungen sollen bis Samstag dauern. An ihr nehmen Foch und Haig persönlich teil.

Geräuschvoller Empfang nordfranzösischer Parlamentarier in Paris.

Basel, 24. Okt. (TU) Im französischen Senat und in der französischen Kammer wurden gestern die Deputierten der besetzten französischen Gebiete in der gewohnten überschwänglichen Weise begrüßt und gefeiert. Man konnte sich anscheinend nicht genug entrichten über die angeblich von den Deutschen während der Besetzung und während ihres Rückzuges verübten Greuelthaten. Mehrere Senatoren verlangten, das deutsche Volk müsse für alle Zerstörungen solidarisch haftbar gemacht werden. Pichon sagte, daß die Bevölkerung mit aller Gewißheit auf Schadenerlass und Garantien hoffen dürfe und daß die Klugheit Wilsons die Berechnungen des Feindes vereiteln würde.

Die Verstärkung der holländischen Wehrmacht.

Rotterdam, 24. Okt. (TU) Der holländische Premierminister Ruys de Beerenbroek legte gestern in der 2. Kammer folgende Erklärung ab: Seht, da der Krieg in die unmittelbare Nähe unseres Vaterlandes gekommen ist, ist die Möglichkeit, daß Truppen der kriegsführenden Mächte unser Gebiet betreten werden, wieder viel größer geworden. Mit Rücksicht darauf ist die Regierung der Ansicht, daß es sich in kurzem als notwendig erweisen könnte, die Stärke unserer Wehrmacht wieder auf einen höheren Stand zu bringen. Zur Vorbereitung dieser Erhöhung unserer Wehrmacht ist deshalb Befehl gegeben, alle Urlaube rückgängig zu machen.

Die Ernährungsnot in Deutsch-Oesterreich.

Wien, 24. Okt. (TU) Heute begibt sich im Namen der deutsch-österreichischen Nationalversammlung eine Abordnung nach Berlin, um bei den maßgebenden Stellen in Deutschland in der höchst kritisch gewordenen Ernährungsfrage in Deutsch-Oesterreich Hilfe zu erbitten. Von Berlin begibt sich die Abordnung nach Dresden. Es steht fest, daß die Stadt Wien höchstens noch bis Mitte November Ernährungsrationen an die Bevölkerung verteilen kann, da die Zufuhren gesperrt sind und einzelne Bahnen nicht mehr funktionieren, weil sie nicht mehr den Anweisungen des Wiener Eisenbahnministeriums folgen wollen. Weitere Abordnungen der deutsch-österreichischen Nationalversammlung begeben sich nach Agram, Prag und Budapest, um dringendst von den Nationalvertretungen Hilfe zu erbitten.

Endgültige Demission des Kabinetts Bekerele.

Budapest, 24. Okt. (TU) Das Kabinett Bekerele hat gestern in der Sitzung des Abgeordnetenhauses endgültig seine Demission gegeben. In das neue Kabinett werden alle Parteien des Hauses sowie die außerhalb des Parlaments stehenden politischen Parteien, also die sozialdemokratische Arbeiter- und die bürgerliche radikale Partei Mitglieder entsenden.

Das Baltikum.

Riga, 24. Okt. (TU) Der ständige Ausschuss des vereinigten Landrats von Estland, Liviland, Riga und Dessel hat einstimmig eine Entschliessung angenommen, wonach mit Bezugnahme auf die Landratsbeschlüsse vom 12. April unverzüglich Schritte zu tun sind, um die baltischen Länder zu einem einheitlichen monarchisch regierten Staat zusammenzufassen.

Unruhen in Sofia.

Basel, 24. Okt. (TU) Die „Neue Korrespondenz“ gibt ein Telegramm des „Exchange Telegraph“ aus Kopenhagen wieder, wonach in Sofia schwere Unruhen ausgebrochen sein sollen. In der bulgarischen Hauptstadt soll es zwischen bulgarischen Bauern und der Polizei zu einer blutigen Schlacht gekommen sein. Man spricht von 3000 Toten (?). Eine Bestätigung dieser Nachricht sei bis jetzt noch nicht eingetroffen.

Wilsonstadt.

Budapest, 24. Okt. (TU) Nach Meldungen aus Prag sollen die amerikanischen Slovaken den Beschluß gefaßt haben, Preshburg zur künftigen Hauptstadt der befreiten Slowakei zu machen und zu Ehren Wilsons Wilsonstadt zu benennen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

An- und Verkaufsgenossenschaft (Raiffeisenverband).

Wir beabsichtigen bei genügender Bestellung Weißkraut kommen zu lassen. Zentner Mk. 7-7,50. Bestellungen bis Freitagabend beim Rechner.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Am 19. 10. ist eine Bekanntmachung des stellvert. General-Kommandos erlassen worden betreffend Beschlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufspflicht von Lederabfällen.

Am 19. 10. ist eine Nachtragsbekanntmachung zu der Bekanntmachung Nr. L. 111/7. 17. R. R. A. vom 20. Oktober 1917, betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von rohen Großviehhäuten und Koghäuten erlassen worden.

Am 19. 10. ist eine zweite Nachtragsbekanntmachung zu der Bekanntmachung Nr. L. 888/7. 17. R. R. A. vom 20. Oktober 1917, betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen liegt in Zimmer Nr. 10 des Rathauses zur Einsicht auf.

Herborn, den 23. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Für die Erledigung eines umfangreichen Schriftwechsels wird ein

Fräulein

gesucht, das Fertigkeit in Kurrent- und Maschinenschrift (Continental oder Unterwood) durch längere Übung in der Praxis besitzt. Kenntnisse in allgemeinen Büroarbeiten und gute Auffassungsgabe erforderlich. Ausführliche Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe, wann Eintritt erfolgen kann, unter A. N. 1811 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Hilfsarbeiter und Hilfsdreher

für Geschloßbearbeitung werden eingestellt.

Herkules-Werk, G. m. b. H., vorm. Wilh. Momma, Wehlar.



Achtung!

Habe eine Partie extra große

Zuchtschweine

zum Verkauf; ferner für Genossenschaften und Wiederverkäufer günstige Gelegenheit in

Einlegeferkel.

Auf Novemberlieferung nehme Bestellungen zu billigsten und reellsten Preisen entgegen.

Schüh, Schweinehändler, Eifern Nr. 40 (Kr. Siegen).

Suche für sofort gegen hohen Monatslohn Alten

Mädchen oder Kriegerstraßen

für Küchenarbeit in Gefangenen-Menage.

Heinrich Bellersheim,
Grube Freilengrunder Bergwerksverein
bei Nennkirch (Bez. Arnsberg).

Suche für baldigst ein in Küche und Hauswesen durchaus erfahrendes

Mädchen

oder einfache Stütze. Nur solche, die wirklich treu und zuverlässig sind, wollen ihre Zuschriften richten unter S. G. 1 an die Geschäftsstelle ds. Bl. Hilfe vorhanden.

Suche sofort ein tüchtiges

Kausmädchen.

Frau Carl Doering, Sinn.

Gediegenes älteres

Mädchen

oder einfache Stütze, welche selbständig gut kochen kann und bei der Hausarbeit mithilft, nach Dillenburg gesucht. Hausmädchen und Wäschefrau wird gehalten. Angebote mit Zeugnissen a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Wegen Erkrankung meines Mädchens suche per sofort oder später

Mädchen

oder Aushilfe.

Frau Apotheker Wenel.

Wärterin

in Stellung sucht als Helferin in einem Lazarett in Herborn oder Umgebung. Näh. Auskunft Wilhelmstraße 18.

Schweizerinnen

suchen

Gebr. Achenbach, Weidenau-Sieg.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. für Vermittlung.

J. Schwarz, Siegen, Lenstraße 3. Telefon 301.

Zwei gut erhaltene

Bettstellen

mit oder ohne Matratzen zu kaufen gesucht.

Angebote unter M. 2, 40 an die Geschäftsst. d. Bl.

Kirchliche Nachrichten.

Herborn:

Donnerstag, den 24. Okt. Kriegsbettstunde i. d. Nacht.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen lieben Vater, unsern guten Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel,

Wilhelm Meckel,

heute nacht 1 Uhr im 81. Lebensjahre in die Ewigkeit abzurufen.

Herborn, den 24. Oktober 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Johannette Euler, geb. Meckel und Kinder.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr vom Sterbehause, Wilhelmstraße 33, aus statt.

Dankagung.

Herzlichen Dank sprechen wir allen denen aus, welche uns beim Heimgang unseres lieben Verstorbenen in so überaus wohlthuender Weise ihre Teilnahme erwiesen haben.

Insbondere danken wir dem Kriegerverein für die Begleitung seines Kameraden zur letzten Ruhestätte, sowie dem Herrn Pfarrer Weber für die herzlichen Trost Worte an der Bahre des Verstorbenen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

J. d. N.:

Frau Elise Flores Wwe. u. Kinder.

Herborn, den 23. Oktober 1918.